



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
am 03.11.2016, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 20. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 06.10.2016
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, der Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und der Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Information und Diskussion zum Jugenddialog Eberswalde (JuDIE)
11. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 11.1. **Vorlage:** BV/0375/2016 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
01.1 - Bürgermeisterbereich

Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde

11.2. **Vorlage:** BV/0275/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:
40 - Amt für Bildung, Jugend und Sport

Richtlinie für die kommunale Förderung des Sports in der Stadt Eberswalde

11.3. **Vorlage:** BV/0370/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:
20 - Kämmerei

**Haushaltssatzung 2017/2018
- 1. Lesung**

TOP 1:

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Landmann, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 2:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Landmann stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABJS beschlussfähig ist.

Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen.

Zu Beginn der Sitzung sind 9 Stadtverordnete anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3:

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 20. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 06.10.2016

Herr Landmann weist darauf hin, dass keine schriftlichen Einwendungen vorliegen.

Herr Zinn merkt an, dass die Position der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde hinsichtlich der Zusammenlegung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) und ABJS der Niederschrift nicht als Anlage beigelegt wurde.

Mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

TOP 4:

Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 5:

Informationen des Vorsitzenden

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

6.1 Einwohner, Bahnhofstraße, 16227 Eberswalde:

- teilt mit, dass der Stellenplan bei der Beschlussvorlage BV/0370/2016 „Haushaltssatzung 2017/2018“ nicht im Bürgerinformationssystem einsehbar ist und fragt, ob es hierfür einen Grund gibt

Herr Boginski sagt zu, dass sich die Verwaltung der Angelegenheit annehmen wird und der Stellenplan zur Verfügung gestellt wird.

Herr Landmann beendet die Einwohnerfragestunde um 18.20 Uhr.

TOP 7:

Informationen aus der Stadtverwaltung

7.1 Herr Boginski:

- informiert, dass er Teile des Dezernates II übernommen hat; Herr Gatzlaff ist als Dezernent des Dezernates II weiterhin für das Amt für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienste sowie das Kulturamt zuständig; als Begründung führt Herr Boginski an, dass Herr Gatzlaff entlastet werden soll, um sich der Erstellung einer Konzeption für Stadtfeste (Stadtfest „FinE“ und Stadteilfeste) widmen zu können; weiterhin soll die Erarbeitung einer Kulturförderrichtlinie sowie eine Evaluation des Amtes für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienste erfolgen
- bezieht sich auf den Hinweis zur Prüfung, ob sachkundige Einwohner/innen am nicht öffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen dürfen und teilt mit, dass diese ein aktives Teilnahmerecht haben, welches nicht auf den öffentlichen Teil beschränkt ist; dieses Recht haben Beiräte gemäß Hauptsatzung nicht

7.2 Frau Ladewig:

- teilt mit, dass ein Schreiben der Rechtsanwälte Dombert & Partner zur Kommentierung des Urteils zur Haftung bei fehlenden Kita-Plätzen vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner/innen verteilt wurde (**Anlage 2**)
- informiert, dass eine Übersicht über die Geburtenvorausschätzung 2016 bis 2030 vom Amt für Bildung, Jugend und Sport auf der Basis des Jahres 2015 vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner/innen verteilt wurde (**Anlage 3**); Frau Ladewig weist darauf hin, dass diese Vorausschätzung in der kommenden Woche an den Landkreis Barnim gegeben wird, da dieser derzeit an der Kitabedarfs- und der Schulentwicklungsplanung arbeitet
- teilt mit, dass eine Zusammenstellung der Produkte und Kennzahlen (Zielstellungen des Amtes für Bildung, Jugend und Sport) für die bevorstehende Haushaltsdiskussion vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner/innen verteilt wurde (**Anlage 4**)

- informiert bezüglich der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft, dass im Amt für Bildung, Jugend und Sport derzeit eine Kalkulation vorgenommen wird; im Anschluss daran wird eine Satzung zur Änderung der Gebührensatzung entworfen, die bis 31.12.2016 an den Landkreis Barnim als Träger der örtlichen Jugendhilfe zur Einholung des Einvernehmens gegeben wird, um danach eine Beschlussvorlage für die entsprechenden politischen Gremien erarbeiten zu können; Frau Ladewig sagt zu, dass sie bei neuen Erkenntnissen über diese informieren wird

Herr Hoeck nimmt ab 18:25 Uhr an der Sitzung teil (**10 Stadtverordnete**).

- berichtet über die am 12.10.2016 stattgefundene Klimaschutzkonferenz für die 4 - 6-jährigen Kinder mit ca. 200 teilnehmenden Kindern im Familiengarten
- informiert, dass am 18.11.2016 der bundesweite Vorlesetag in allen städtischen Kitas mit Unterstützung durch die Akademie der Gesundheit Berlin/Brandenburg e. V., Fachbereich Logopädie, stattfinden wird
- berichtet, dass am 02.11.2016 ein Erfahrungsaustausch zur Skateranlage „FUN PARK“ im Brandenburgischen Viertel stattgefunden hat; Schwerpunkte waren die bisherigen Erfahrungen mit der Skateranlage seitens der unmittelbar betroffenen Anwohner, der Nutzer und dem Verein Young Rebels e. V. sowie der Ausblick auf das Jahr 2017 ff.; im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass im Jahr 2016 ein sehr tolerantes Miteinander zu verzeichnen war; weiterhin sollen die Öffnungszeiten der Skateranlage von beiden Seiten wunschgemäß beibehalten werden; Frau Ladewig gab hierbei zu bedenken, dass hierfür im Jahr 2017 die gleichen Personalressourcen wie in 2016, u. a. Bundesfreiwilligendienstleistende, zur Verfügung stehen müssten; während sich der o. g. Verein eine Erweiterung der Anlage vorstellen könnten, sprachen sich die zwei anwesenden Einwohner vehement dagegen aus; durch das Amt für Bildung, Jugend und Sport ist vorgesehen, eine Anwohnerbefragung aller Anwohner vorzunehmen; Frau Ladewig informiert, dass sich die „Young Rebels“ bereit erklärt haben, an der Erstellung eines Projektentwurfes einer neuen Skateranlage in der „Waldsportanlage“ mitzuwirken; die Abwägung der Vor- und Nachteile der Skateranlage „Club am Wald“ und der möglichen Skateranlage „Waldsportanlage“ wurde vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt (**Anlage 5**)

7.3 Frau Forster-König:

- informiert über das Projekt „Boxenstopp“, welches ein „Programm für eine nachhaltige Entwicklung einer gewaltfreien und partizipatorischen Schulkultur“ an der Grundschule „Schwärzensee“ in Trägerschaft des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e. V. ist; sie teilt mit, dass sie die Information erhalten hat, dass die Finanzierung bzw. Förderung des Programmes zum Jahr 2019 auslaufen wird, sodass die Finanzierung für 2017 und 2018 noch gesichert ist; es sind Gespräche mit dem Land Brandenburg und dem Landkreis Barnim vorgesehen, in denen eine mögliche Förderung des Projektes nach 2019 thematisiert wird, da es sich um ein wichtiges Programm für die Grundschule „Schwärzensee“ handelt
- bezieht sich auf die Thematik „DREIST e. V.“ und teilt mit, dass am 25.10.2016 eine hausinterne Fallbesprechung mit dem Rechtsamt und Rechnungsprüfungsamt zur Förderung des Trägers stattgefunden hat, mit dem Ergebnis, dass die bisherige Förderpraxis aufrecht erhalten werden kann; das bedeutet, dass das bisherige Zuwendungsrecht weiterhin Anwendung findet; der Träger des Vereins ist institutionell über den Leistungsvertrag mit dem Landkreis Barnim finanziert worden; auch diese Förderpraxis ist weiterhin so möglich, wie der Landkreis schriftlich mitgeteilt hatte (**Anlage 6**); Frau Forster-König teilt mit, dass der Träger informiert und auch einverstanden ist

- informiert zur Thematik „Sozialarbeit an den Grundschulen“, dass die Verträge nebst Zusatzvereinbarungen mit den Trägern geschlossen sind (3-jährige Laufzeit mit Verlängerungsoption); sie weist darauf hin, dass es keine Rückforderungen gab, sondern dass die Zusatzvereinbarungen aufgrund verbindlich zu regelnder Auflagen des Landes erforderlich wurden; die entsprechenden Sozialarbeiterinnen sind an den Schulstandorten angekommen; Frau Forster-König informiert, dass gemeinsam, auch mit den Schulleitungen, ein Konzept zur Umsetzung der Springerposition erarbeitet werden soll; die Aufstellung „Wesentliche Grundlagen der Sozialarbeit am Standort Schule und der Jugendförderung“ wurde vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt (**Anlage 7**)
- bezieht sich auf den geschlossenen Leistungsvertrag zur Durchführung von Jugendkoordination und -förderung und informiert, dass hinsichtlich der Ausführung der Vertragsregelungen am 25.10.2016 eine Auftaktberatung mit allen Fachkräften der Jugendförderung zur Erstellung einer gemeinsamen Sozialraumbeschreibung für das Jahr 2017 stattgefunden hat, d. h. dass eine Gesamtschau zur Situation der Kinder und Jugendlichen in der Stadt erfolgt und auf Grundlage dessen erforderliche Angebote und Leistungen der Jugendförderung abgeleitet werden sollen
- informiert, dass an den kommenden Wochenenden die Jugendgruppenleiterausbildung des BSIJ e. V. mit Theorie- und Praxisanteilen stattfinden wird; Inhalte sind dabei u. a. Entwicklungsprozesse im Kindes- und Jugendalter (Pubertät), Gruppendynamik und Konfliktlösung, Kindeswohlgefährdung, Fürsorge- und Aufsichtspflicht sowie Projektmanagement; hier kann die Jugendgruppenleiter/-innen-Card erworben werden, diese dient als amtlicher Ausweis und berechtigt zur Umsetzung und Durchführung von Angeboten für Kinder und Jugendliche; Frau Forster-König informiert, dass jährlich ca. 20 Jugendliche teilnehmen, die sich freiwillig für ehrenamtliches Engagement im Bereich Kinder- und Jugendarbeit qualifizieren lassen
- informiert in Bezug auf das Kinder- und Jugendparlament (KJP), dass der angekündigte „Auflösungsbrief“ des KJP-Vorsitzenden bislang nicht eingegangen ist; um keine Stagnation in der Jugendbeteiligung zu haben, fand am 14.10.2016 im Jugendclub STINO mit insgesamt 22 Jugendlichen unterschiedlicher Schulstandorte und aller weiterführenden Schulen der erste Jugend-Dialog Eberswalde (JuDiE) statt; ausführliche Informationen zum JuDiE erfolgen unter TOP 10 „Information und Diskussion zum Jugenddialog Eberswalde (JuDiE)“

TOP 8:

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9:

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, der Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und der Beauftragten gemäß Hauptsatzung

9.1 Frau Kersten:

- bezieht sich auf die Thematik „Kitabedarfsplanung“ und teilt mit, dass in den Sitzungen des ABJS und der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2016 seitens der Stadtverwaltung kommuniziert wurde, dass keine Kindergartenplätze benötigt werden und aus diesem Grund eine Förderung der Waldorf-Kindertagesstätte nicht notwendig ist; aus diesem Grund spricht sie ihre Verwunderung dahingehend aus, dass im ABJS am 06.10.2016 mitgeteilt wurde, dass Kita-

Plätze fehlen; weiterhin teilt sie mit, dass in der Fraktion DIE LINKE kein Verständnis dahingehend besteht, dass die geflüchteten Kinder erst im August angemeldet wurden, obwohl bekannt war, dass sie da sind; des Weiteren ist für die Fraktion die Fehlkalkulation nicht nachvollziehbar; Frau Kersten fragt, welche Maßnahmen ergriffen werden, um konkrete Planzahlen zu haben und die gesetzliche Pflicht der Bereitstellung ausreichender Kitaplätze gegenüber dem Landkreis zu ermöglichen, da Kita-Plätze für Eberswalder und geflüchtete Kinder fehlen; weiterhin fragt sie, inwieweit eine zentrale Erfassung vorbereitet bzw. ggf. praktiziert wird

Frau Ladewig teilt mit, dass bis Ende Juli keine Information über die Anzahl der geflüchteten Kinder in den einzelnen Altersgruppen in der Stadt vorlag. Erst auf Nachfrage beim Landkreis Barnim konnte die Anzahl in Erfahrung gebracht werden. Frau Ladewig bezieht sich auf ihre Aussage im ABJS am 06.10.2016 und informiert, dass es 235 offene Anträge gibt, von denen 155 Flüchtlingskinder und 80 Eberswalder Kinder betroffen sind. Hierbei können Doppelanmeldungen bei Kindertagesstätten in freier Trägerschaft und städtischen Kindergärten nicht ausgeschlossen werden. Frau Ladewig merkt an, dass es in der Stadt eine zentrale Erfassungsstelle im Amt für Bildung, Jugend und Sport gibt, die jedoch nur die Einrichtungen in städtischer Trägerschaft berücksichtigt.

Frau Kersten fragt, was dagegen spricht, keine Differenzierung bei der Erfassung bei den einzelnen Trägern vorzunehmen.

Frau Ladewig erläutert, dass im Anschluss an die Erarbeitung der Änderungssatzung zur Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft eine Ausschreibung für die Errichtung eines Kita-Portals für die Erfassung der benötigten Kitaplätze sowohl der freien Träger als auch der städtischen Einrichtungen erfolgen soll. Mit diesem Portal soll Doppelanmeldungen entgegen gewirkt werden.

Herr Boginski merkt an, dass die Verwaltung bestrebt ist, zukünftig eine Kita-Vollverpflegung anbieten zu können. Er weist darauf hin, dass für die Kinder, deren Elternteile beide berufstätig sind, ein Kitaplatz zur Verfügung steht. Bei den fehlenden Kitaplätzen handelt es sich um Elternteile, bei denen einer oder auch beide nicht berufstätig sind. Aber auch hier ist die Verwaltung bestrebt, den Eltern einen Kitaplatz anbieten zu können.

- nimmt Bezug auf die Thematik „Sozialarbeit an Schulen“ sowie die Behandlung der Thematik in der Stadtverordnetenversammlung am 27.10.2016 und teilt mit, dass ihrer Ansicht nach, nicht nachvollziehbar war, ob es sich bei den genannten Zahlen um die tatsächlichen Aufwendungen der Stadt Eberswalde oder die Gesamtaufwendungen handelt; aus diesem Grund bittet sie darum, dass eine konkrete Darstellung der Gesamtkosten, inkl. der Höhe der Anteile des Landkreises Barnim, erfolgt sowie ob es weitere Fördermöglichkeiten von Sozialarbeit an Schulen gibt

Frau Forster-König teilt mit, dass sich die Gesamtkosten auf rund 130.000 Euro belaufen (Personal-, Sach- und Verwaltungskosten), wobei eine Förderung durch den Landkreis Barnim nicht möglich ist. Durch den Landkreis Barnim werden Mittel des Landes Brandenburg in Höhe von 19.500 Euro (für zwei volle Personalstellen; für eine volle Stelle gilt die Festbetragsfinanzierung in Höhe von 9.750 €) zur Verfügung gestellt. Sie informiert, dass entsprechend des Schreibens vom Landkreis Barnim ein Zuwendungsbescheid des zuständigen Ministeriums für das Jahr 2017 vorliegt, welches die Förderung von zwei vollen Personalstellen für die Jahre 2017 und 2018 in Aussicht stellt.

9.2 Herr Zinn:

- bezieht sich auf den Jugendhilfeausschuss des Landkreises Barnim am 02.11.2016 und teilt mit, dass dort ausführlich informiert wurde, dass es im Jugendclub STINO eine Eltern-Kind-Gruppe für Geflüchtete geben soll

Herr Boginski erklärt, dass hierzu Vorgespräche stattfinden. Sofern es neue Erkenntnisse gibt, werden die entsprechenden politischen Gremien informiert.

- informiert, dass er im gestrigen Jugendhilfeausschuss des Landkreises Barnim nachgefragt hat, wie der Landkreis Barnim eine Förderung der Sozialarbeit an Schulen vorsieht; in diesem Zusammenhang bittet Herr Zinn, dem Landkreis gegenüber anzuzeigen, dass mehr finanzielle Mittel als die weitergereichte Förderung des Landes Brandenburg für die Sozialarbeit notwendig sind, so dass der Landkreis in seiner Haushaltsdebatte über diese Thematik diskutiert; Herr Zinn fragt, ob es einen Unterausschuss bzw. eine Unterarbeitsgruppe „Schulsozialarbeit/Jugendförderung“ gibt und wenn ja, ob die Stadt Eberswalde da beteiligt ist

Herr Boginski informiert, dass er regelmäßig darauf hinweist, dass sich der Landkreis Barnim u. a. an der Finanzierung der Sozialarbeit an Schulen beteiligt. Er teilt mit, dass der Stadtverwaltung kein Unterausschuss und keine Unterarbeitsgruppe „Schulsozialarbeit/Jugendförderung“ bekannt sind.

9.3 Herr Pringal:

- bezieht sich auf die Waldsportanlage und fragt nach dem aktuellen Stand der Vergabe der Planungsleistungen über ca. 350.000 Euro; er fragt weiterhin, ob die komplette Planungsleistung inkl. Haustechnik bereits vergeben wurde oder ob separate Teile noch ausgeschrieben und vergeben werden müssen, was möglicherweise höhere Kosten als geplant verursachen könnte; in diesem Zusammenhang fragt Herr Pringal bezüglich der möglichen Ansiedlung einer Skateranlage, ob dort anfallende Kosten mit berücksichtigt wurden und ob Kontakt zum Sportverein aufgenommen wurde

Frau Ladewig weist darauf hin, dass die Federführung für dieses Projekt im Baudezernat liegt, wobei die sportfachliche Beratung dem Amt für Bildung, Jugend und Sport obliegt. Es fanden bereits zwei Treffen mit dem Planungsbüro statt, in denen festgelegt wurde, einen Masterplan zu entwickeln, der die Einzelmaßnahmen innerhalb des Gesamtprojektes festschreibt. Sie informiert, dass alles, was das Ausschreibungsverfahren betrifft, vom Baudezernat betreut wird. Zwischenzeitlich fanden Gespräche mit dem Sportverein und Abfragen bei den Schulen statt. Vorgesehen ist, eine Vorstellung der Planung in den entsprechenden Gremien.

Herr Pringal fragt, ob es in der Waldsportanlage einen Dart-Verein gibt.

Frau Ladewig bestätigt, dass dort bereits ein Dart-Verein angesiedelt ist, der derzeit Räumlichkeiten in der vorhandenen Containerlandschaft nutzt. Vorgesehen ist, mit dem Dart-Verein Verhandlungen zu führen, ob andere Räumlichkeiten angeboten werden können oder ob eine Lösung zu einer gemeinsamen Nutzung mit dem dort angesiedelten Sportverein gefunden werden kann.

9.4 Frau Schostan:

- bezieht sich auf die Auflistung der Geburtenabschätzung sowie das unter TOP 9.1 angesprochene Kita-Portal und schlägt vor, dass die Kindergärten in freier Trägerschaft ihre Listen der Stadt für einen Abgleich der Anmeldungen zur Verfügung stellen sollten; sie unterstützt, dass für alle Kinder Kitaplätze zur Verfügung gestellt werden sollen

Frau Ladewig informiert, dass die Verwaltung bereits im Sommer 2016 das Jugendamt kontaktierte, um die freien Träger aufzufordern, ihre Kapazitäten zu erhöhen. Alle freien Träger haben daraufhin weitestgehend ihre Kapazitäten erhöht, wodurch neue und flächendeckende Kapazitäten innerhalb der Stadt Eberswalde geschaffen werden konnten. Frau Ladewig weist jedoch auf Bedenken bezüglich des Datenschutzes hin.

9.5 Frau Kersten:

- bezieht sich auf den Hinweis einer jungen Mutter, die keinen Kita-Platz hat und deren Arbeitsplatz dadurch derzeit gefährdet ist und fragt nach dem Sachstand

Frau Ladewig teilt mit, dass der Fall bekannt ist und nach einer Lösung gesucht wird.

9.6 Herr Zinn:

- bezieht sich auf die Ausführungen von Frau Kersten unter TOP 9.6 und weist darauf hin, dass er von einer Mutter, deren Arbeitsplatz nach eigenen Aussagen ebenfalls gefährdet ist, angesprochen wurde; diese teilte mit, dass sie sich auf Platz 40 der Anmeldeliste befindet

Herr Boginski weist darauf hin, dass, sofern Eltern Probleme haben, diese sich direkt an die Verwaltung wenden sollen, sodass seitens der Verwaltung nach einer Lösung gesucht werden kann.

9.7 Herr Pringal:

- fragt, ob sich mit dem Umbau der Waldsportanlage die Nutzungsgebühren für den Sportverein erhöhen und wenn ja, ob der Sportverein darüber bereits informiert wurde

Herr Boginski informiert, dass in den vergangenen Jahren viele Investitionen in Sportstätten vorgenommen wurden. Er merkt an, dass eine Gebührenerhöhung nicht ausgeschlossen werden kann. Herr Boginski weist darauf hin, dass bei einer Änderung der Gebührensatzung für die Benutzung von Sportstätten der Stadt Eberswalde die entsprechenden politischen Gremien beteiligt werden und eine Beschlussfassung erfolgen muss.

Frau Ladewig teilt ergänzend mit, dass, wenn Sportvereine Räumlichkeiten zu 100 % nutzen, ein Mietvertrag unter Berücksichtigung der ortsüblichen Kaltmiete mit diesem Verein geschlossen wird. Dies entspricht dann keiner Nutzung im Sinne der o. g. Gebührensatzung.

TOP 10:

Information und Diskussion zum Jugenddialog Eberswalde (JuDIE)

Herr Landmann übergibt das Wort an Herrn Klikar, Büro „stadt.menschen.berlin“.

Herr Klikar stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jugenddialog Eberswalde (JuDiE) als Form der Jugendbeteiligung vor (**Anlage 8**).

Herr Landmann ist der Ansicht, dass der JuDiE eine gute Form der Jugendbeteiligung darstellt. Er weist darauf hin, dass seiner Meinung nach die Stadtverordneten mehr in den Prozess mit einbezogen werden sollten.

Herr Schmiedel spricht sich für diese Form der Jugendbeteiligung aus, da hier neue Möglichkeiten für die Jugendlichen eröffnet werden. Aus seiner Sicht kann die Form des KJP derzeit nicht alle Jugendlichen in die Mitbestimmung der Stadt Eberswalde mit einbeziehen, da Interessierte zum Beispiel ihren Hauptwohnsitz nicht in Eberswalde haben. Weiterhin weist er darauf hin, dass Jugendliche kaum an formalisierten Formen mit der Teilnahme an politischen Gremien interessiert sind. Daher ist der JuDiE eine attraktivere und motivierende Methode für Jugendliche.

Frau Prof. Dr. Molitor fragt, ob mit dem Dialogforum die Maßnahme endet oder ob es eine Prognose für die Fortführung der Maßnahme gibt. Weiterhin fragt sie, wie hoch das Budget für die angesprochenen Mikroprojekte ist, ob das Budget von den Jugendlichen selbst verwaltet werden darf und wie sich die Umsetzung gestaltet.

Herr Klikar teilt mit, dass sich bei dieser Methode das anleitende Büro und die Betreuer schrittweise zurückziehen und den Jugendlichen immer mehr Verantwortung übertragen wird. Er informiert, dass sein Handlungsauftrag nach einem bestimmten Zeitpunkt endet. Nach dem Jugendforum werden die Ergebnisse durch das Büro ausgewertet. Zukünftig ist es wichtig, dass sich jemand dafür verantwortlich erklärt, die entwickelten Ideen weiterzuführen und zu überlegen, wie mit den Ergebnissen umzugehen ist. Vorgesehen ist, dass sein Büro die Jugendlichen beim Dialog und die Verwaltung bei der Auswertung der Ergebnisse unterstützt.

Herr Boginski weist darauf hin, dass es bei den Dialogen darum geht, die Wünsche der Jugendlichen in Erfahrung zu bringen, um im Anschluss daran in einen vertiefenden Dialog mit den politischen Gremien, u. a. auch hinsichtlich finanzieller Aspekte, zu treten.

Herr Zinn bezieht sich auf die Veranstaltung im Januar 2015 an der das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg teilgenommen hat und bittet zu prüfen, was mit den dort von Schülern des Gymnasiums Finow unterbreiteten Vorschlägen sowie den im Anschluss daran bei einer Veranstaltung in der Grundschule Bruno-H.-Bürgel entwickelten Vorschlägen geschehen ist. Die Vorschläge bezogen sich seiner Meinung nach u. a. auch auf die Ortsteile Finow und Brandenburgisches Viertel. Weiterhin fragt Herr Zinn, wann und wie die Beteiligung von Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten bzw. von geflüchteten Jugendlichen erfolgt.

Herr Klikar weist darauf hin, dass dieses Verfahren nicht für alle Jugendlichen geeignet ist, sondern dazu dient, eine Grundlage zu schaffen, um prägnante Hauptthemen festzustellen und möglichst viele Teilaspekte zu erreichen sowie das, was Jugendliche wollen, für Erwachsene transparent zu machen und sich dieser prägnanten Themen anzunehmen.

Frau Kersten befürwortet das Projekt und fragt, ob nachdem die Betreuung beendet ist, weiterhin regelmäßige Treffen der Jugendlichen stattfinden, die auch von dem Büro „stadt.menschen.berlin“ begleitet werden.

Herr Boginski weist darauf hin, dass bei solchen Projekten kein Zwang auf die Jugendlichen ausgeübt werden kann. Als erfolgreiche Projekte der Jugendbeteiligung führt er die Jugendbefragungen zur Skateranlage, zum Jugendclub „STINO“ und zum Jugendclub „Am Wald“ an.

Herr Schmiedel bezieht sich auf die Frage von Herrn Zinn zum Projekt der Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Finow und stellt klar, dass es sich dabei um ein Schulprojekt während des Geographiekurses handelte, an dem auch nicht Eberswalder Schüler teilnahmen. Er weist darauf hin, dass es für Jugendliche eher geeignet ist, lockere Formen der Beteiligung zu wählen, da eine zeitliche Bindung die Jugendlichen zum Teil abschreckt. Herr Schmiedel sagt dem Projekt seine weitere Unterstützung und Begleitung zu.

TOP 11:

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 11.1:

Vorlage: BV/0375/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:

01.1 - Bürgermeisterbereich

Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde

Frau Dr. Hoffmann stellt im Namen der Fraktion DIE SPD-Fraktion den Antrag, den letzten Satz im 1. Anstrich des Beschlussvorschlages zu streichen.

*Herr Zinn gibt die Position der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberwalde zur beabsichtigten Zusammenlegung der Ausschüsse ABJS und AKSI schriftlich als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 9**). Weiterhin teilt Herr Zinn mit, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird.*

Herr Prof. Creutziger schlägt vor, dass in den Ausschusssitzungen geplante Vorträge bereits vor der Sitzung den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der Fraktion DIE SPD-Fraktion: mehrheitlich abgelehnt

Frau Dr. Hoffmann beantragt im Namen der Fraktion DIE SPD-Fraktion eine 5-minütige Pause.

Es wird eine 5-minütige Auszeit eingelegt.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: mehrheitlich abgelehnt

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung nicht vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den in der Stadtverordnetenversammlung am 19.06.2014 gefassten Beschluss-Nr. 1/7/14 „Bildung von ständigen Ausschüssen der Stadtver-

ordnetenversammlung für die Wahlperiode 2014 - 2019“ dahingehend zu ändern, dass die Ausschüsse für Kultur, Soziales und Integration sowie Bildung, Jugend und Sport zu einem Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales und Sport zusammengelegt werden. Der Ausschuss für Energiewirtschaft wird aufgelöst.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügten Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung, die am 01.01.2017 in Kraft tritt.
3. Die der Stadtverordnetenversammlung, dem Hauptausschuss und dem Bürgermeister aufgrund eines Gesetzes oder einer anderen Rechtsnorm obliegenden Zuständigkeiten werden durch die Regelungen dieses Beschlusses nicht berührt.

TOP 11.2:

Vorlage: BV/0275/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:

40 - Amt für Bildung, Jugend und Sport

Richtlinie für die kommunale Förderung des Sports in der Stadt Eberswalde

Herr Landmann teilt mit, dass Austauschseiten zur Beschlussvorlage mit den Sitzungsunterlagen an alle Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner/innen übersandt wurden.

Herr Hoeck erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Prof. Creutziger schlägt vor, sofern dies der Intention der Verwaltung entspricht, dass die Formulierung bei Punkt 2.2.7 in der Anlage 1 zur Beschlussvorlage, 4. Anstrich, so geändert wird, dass ersichtlich ist, dass mehrere kleinere Vereine bei einer Fusionierung mindestens 50 Mitglieder haben sollten.

Frau Ladewig nimmt den Vorschlag auf und sagt zu, entsprechende Änderungen bis zur Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung zu stellen.

Herr Zinn bittet, die Möglichkeit zu prüfen, ob Förderanträge zur Richtlinie online im Rahmen des E-Government auf den Internetseiten der Stadt zur Verfügung gestellt und ausgefüllt werden können.

Frau Ladewig sagt zu, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Herr Pringal bezieht sich auf die geplanten 60 T€ für Vereinsfusionen und fragt, wie damit umgegangen wird, wenn es zu keiner Vereinsfusion in den Jahren 2017/2018 kommt, ob diese Mittel per Ermächtigungsübertragung in das kommende Jahr übertragen werden, obwohl mit nicht ausgeschöpften Mitteln das Haushaltsdefizit verringert werden könnte. Weiterhin fragt er, ob die 60 T€ in einer eigenen Kostenstelle mit aufgeführt sind.

Frau Ladewig verneint dies und bezieht sich auf Seite 4, 3. Absatz, der Sachverhaltsdarstellung und weist darauf hin, dass jährlich 200.000 € für die Sportentwicklungsplanung zur Verfügung stehen. Sie erläutert, dass sich der Betrag für Maßnahmen der Sportentwicklungsplanung entsprechend reduzieren würde, wenn Fusionsprämien in Höhe von bis zu 60 T€ abgerufen werden.

Herr Hartmann fragt, ob es hinsichtlich der Benutzung von Sportstätten Überlegungen seitens der Verwaltung gibt, die sich in den kommenden Jahren negativ auf die Sportvereine auswirken könnten.

Herr Boginski teilt mit, dass es derzeit keine solchen Überlegungen gibt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigelegte „Richtlinie für die kommunale Förderung des Sports in der Stadt Eberswalde“ (Änderung des Beschlusses Nr. 24/266/10 der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2010).
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister:
 - Zuschüsse gemäß dieser Richtlinie bis zu einer Höhe von 1.999,99 € zu gewähren.
 - Zuschüsse gemäß dieser Richtlinie ab einer Höhe von mehr als 2.000,00 €, wenn der zuständige Ausschuss vorher darüber beraten und sein Einvernehmen hergestellt hat, zu gewähren.
3. Der Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung sind entsprechend ihrer Zuständigkeitsgrenzen gemäß Hauptsatzung zuständig.

TOP 11.3:

Vorlage: BV/0370/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:

20 - Kämmerei

Haushaltssatzung 2017/2018

- 1. Lesung

*Frau Forster-König erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Haushaltsplanung für die Jahre 2017/2018 für die Jugendkoordination (**Anlage 10**).*

*Frau Ladewig erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Haushaltsplanung für die Jahre 2017/2018 für das Amt für Bildung, Jugend und Sport (**Anlage 11**).*

Herr Zaumseil spricht seine Verwunderung dahingehend aus, dass Mittel zur Errichtung einer neuen Skateranlage geplant sind, obwohl keine Diskussionen zu der Thematik stattfanden.

Herr Boginski schlägt vor, die Finanzmittel über 400.000 € im Haushaltsplan mit einem Sperrvermerk zu versehen, um erst nach Diskussionsprozessen mit allen Beteiligten zu entscheiden, ob die Maßnahme realisiert wird oder nicht.

Herr Landmann beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:05 Uhr.

Landmann
Vorsitzender des Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

Brauns
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

